

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Martin-Peter Houscht

## Dialog in der Sackgasse

Die seit dem 20. Oktober unter Vermittlung des Commonwealth-Entsandsden Sir Ninian Stephen stattfindenden Gespräche zwischen Regierungs- und Oppositionsvertreter in der Frage einer neutralen Übergangsregierung - 'Neutral Caretaker Government' (NCG) - sind einen Monat später zu einem Ende gekommen. Wie Stephen am 20. November mitteilte, sieht er keine Erfolgsaussichten mehr. Unterdessen geht das von den oppositionellen Parteien, das sind die 'Awami League', 'Jatiyo Party' und 'Jamaat-i-Islami', organisierte Streikprogramm weiter und hat zu neuen Toten und Verletzten geführt. Am 12. November legte wieder einmal ein Generalstreik das öffentliche Leben in Dhaka lahm. Zuvor war Informationsminister Huda von Khaleda Zia entlassen worden.

Ausgangspunkt der neuesten Entwicklung in der acht Monate andauernden politischen Krise ist ein Drei-Punkte-Programm des Commonwealth Generalsekretärs Emeka Anyaoku. Diese lauten: Stärkung der Wahlkommission, Abhaltung von Wahlen unter einer Übergangsregierung sowie Entwicklung eines Verhaltenskodex'. Der Australier Stephen, ehemaliger 'High Court' Richter und australischer Generalgouverneur, erhielt von Emeka Anyaoku das Mandat, neue Bewegung in den festgefahrenen 'Dialog'prozeß zu bringen - ohne Erfolg. Beide Seiten demonstrieren Stärke und wiederholen die hinlänglich bekannten Punkte (siehe dazu auch die Beiträge in dieser Ausgabe).

Neu ist jedoch ein BNP-Kompromißvorschlag, der, wäre er drei oder vier Monate früher erfolgt, die Krise hätte beenden können. Betont wird seitens der BNP die Verfassungskonformität des Vorschlags einer "Nationalen Regierung". Nach der Parlamentsauflösung, unmittelbar nach Ausruf von Neuwahlen, sollen unter der Leitung Khaleda Zias Mitglieder anderer im Parlament vertretener Parteien Kabinettsposten erhalten. Alle Mitglieder des Interimkabinetts können sich am Wahlkampf beteiligen und für ein politisches Amt kandidieren, so

der BNP-Vorschlag. Obwohl weitergehender als alle bisherigen Vorschläge, hat die Opposition auch diese Position abgelehnt und ihr Streikprogramm intensiviert. Mittlerweile droht sie mit einem Massenrücktritt ihrer Parlamentsabgeordneten, sollte die BNP nicht endlich einlenken. Diese gibt sich ebenfalls kämpferisch und gibt bekannt, sie nehme den Kampf, notfalls auf der Straße, an.

Daß der Zorn nicht nur den politischen Gegner trifft, mußte Informationsminister Huda feststellen. Seine Auffassung, wonach der oberste Richter des 'Supreme Court' an der Spitze einer Interimregierung stehen sollte, fand nur bei der Opposition Beifall - Khaleda Zia entließ ihn prompt.

## Wieder Shalish-Urteile

Die Kette der Shalish-Urteile reißt nicht ab - wieder wurden zwei junge Frauen Opfer der Dorfgerichte. Obwohl nur als Instrument der Schlichtung in Familien- oder Erbschaftsangelegenheiten gedacht, mehren sich die Fälle, in denen diese lokalen Instanzen Urteile beschließen und vollstrecken. Im Namen der Religion und um die islamische Reinheit der Gemeinschaft zu erhalten, werden drakonische Strafen verhängt. Die junge Shaheeda aus einem Dorf nahe Savar wurde mit 100 'dorrah'-Hieben bedacht, weil sie angeblich nichteheliche sexuelle Beziehungen zu einem Mann unterhielt, nachdem ihr Ehemann sie wegen des ausbleibenden männlichen Nachwuchses aus dem Haus geworfen hatte. Neben dem Dorfgeistlichen saßen auch die Einflußreichen des Dorfes im Shalish - nach Vollstreckung des Urteils machten sich alle davon. Besonders tragisch: die erst wenige Tage vor dem Urteil geborene Tochter Shaheeda's wurde kurz vor dem Strafvollzug ermordet.

Wie stark auch politische Erwägungen, Machtkämpfe und Interessenkollisionen in die Shalishurteile hineinspielen, zeigt das Beispiel Julekha. Das junge Mädchen wurde wegen einer unerlaubten sexuellen Beziehung und einer angeblichen Abtreibung von einem Dorfgeistlichen zu 101 Peitschenhieben verur-

teilt. Dorfbewohner mutmaßen, daß Streitigkeiten um einen Teich, den Julekha's Vater besitzt und in die zwei der drei Shalish-Mitglieder involviert sind, den Hintergrund für das Shalishurteil abgeben. Die Shalish-Mitglieder sind zwar verhaftet worden, eine Verurteilung ist indes keineswegs sicher. In der Vergangenheit sind in der Regel trotz Schuldevidenz die Angehörigen solcher Dorfgerichte aus der Haft entlassen worden, weil sie über entsprechende politische Verbindungen verfügten. Ob Julekha, die bewußtlos in ein Krankenhaus eingeliefert wurde, sich von der Strafe erholen wird, ist derzeit ebensowenig sicher.

## Weltwährungsfonds unter Beschuß

Für Verärgerung in der bangladeshischen Regierung sorgen Stellungnahmen des Repräsentanten des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF), Slaheddin Kenissi. Der IWF-Mann in Dhaka handelte sich durch seine Aussage "Ein Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent im Haushaltsjahr 1993/94 ist gut, aber nicht genug" wütende Anrufe aus dem Hause Khaleda Zias sowie des Finanzministers ein. Peinlich, peinlich - im Regierungslager selbst wurden zwei unterschiedliche Angaben gemacht: Fünf Prozent waren es beim Finanzminister, 4,85 Prozent beim Planungsministerium. Dessen Beamte hatten nicht ohne Skepsis die Zahl aus dem Finanzministerium aufgenommen. Der Grund für die deftige Kritik an Kenissi liegt daher vermutlich auch in den internen Regiefehlern. Manipulation mit Zahlen in der Administration und dies in einem überaus empfindlichen, weil hochpolitisierten Bereich ist kein Kavaliersdelikt und dem Ansehen der Regierung - ohnehin unter Druck - nicht förderlich. Kenissi hat unterdessen an ihn herantragene Korrekturwünsche zurückgewiesen. Solange er keine neuen Zahlen aus Washington erhalte, bleibe es bei den 4,5 Prozent, so der IWF-Repräsentant. Darüber hinaus werden dessen Bemerkungen kritisiert, wonach der Privatisierungsprozeß nicht recht voran komme, was wiederum am fehlenden politischen Willen liege.



Für Kopfschütteln sorgt auch der Nutzungsgrad des sich auf 96 Milliarden Taka (4 Milliarden Mark) belaufenden 'Annual Development Programme', der ja auch ein Gradmesser für die Absorptionsfähigkeit des Landes ist. Aus dem Planungsministerium hieß es zunächst, daß kurz vor Beendigung des Fiskaljahres (bis 30. Juni 1994) 65 Prozent der Gelder genutzt worden seien. Später - unter Einbeziehung des zwölften Monats - war die Rede von 94 Prozent, was weithin als unmöglich gilt. Mittlerweile erklärt das Ministerium, daß die Gelder zwar offiziell abgerufen, jedoch nicht zur Implementation von Vorhaben genutzt wurden. Wie auch immer die "richtigen" Zahlen lauten, die Administration täte gut daran, durch Taten den Vorwurf der Manipulation zu entkräften.

#### Printmedien fehlt Papier

Den meisten der rund 500 Zeitungen und Zeitschriften in Bangladesh mangelt es gegenwärtig an Papier, weil die einzige Zeitungspapiermühle des Landes wegen Überholungsarbeiten geschlossen wurde. Mit einer Vorwarnzeit von nur einem Tag hat die Mühle in Khulna für einige Wochen ihren Betrieb eingestellt. Der Marktpreis für Zeitungspapier ist um fast 150 Prozent gestiegen, Zeitungen müssen ihre Auflage verringern und kommen in finanzielle Schwierigkeiten, manchen droht das Aus. Die Ankündigung der staatseigenen Mühle, 50 Prozent der mit den Printmedien vereinbarten Quoten zu erfüllen, wurde nicht eingelöst. Andererseits ist für 17 Zeitungen und Periodika die Quote heraufgesetzt worden.

Schon in der Vergangenheit ist die Regierung kritisiert worden, weil sie über die Papiermühle Druck auf unbotmäßige Zeitungshäuser ausübte. Kritik an der Regierung wird nicht selten mit Sonderkonditionen beantwortet: die kritischen Geister müssen höhere Papierpreise bezahlen oder erhalten weniger Papier. Umgekehrt erhalten regierungsfreundliche Blätter gewisse "benefits".

Ein Vergleich zwischen Produktion und Nachfrage zeigt, daß die bereits 1957 in Betrieb genommene Papiermühle in Khulna den aktuellen Erfordernissen nicht mehr gerecht werden kann. Einer monatlichen Produktion von 4.000 bis 4.200 Tonnen steht eine Nachfrage von 6.800 Tonnen gegenüber. Neben den Printmedien, benötigen Unter-

nehmen, Händler und Regierungsstellen Papier. Daß ungeachtet dieser Situation zum Beispiel die Zahl der Händler nicht etwa zurückgegangen ist, sondern zugenommen hat, liegt in dem Umstand begründet, daß einige obskure Zeitungen, offensichtlich ohne Auflage, ihre Quoten für einen kräftigen Aufschlag verkaufen. Genauso verfahren einige bekanntere Blätter, deren Quote über ihrer Auflage liegt.

Die 'Bangladesh Sangbadpatra Parishad', der Verband der Zeitungsverleger, fordert inzwischen einen zollfreien Import des Papiers, um die Krise zu überwinden und die Zeitungsqualität zu erhöhen.

#### Chittagong Hill Tracts

Kampfhandlungen, Rücktritte und Streitigkeiten haben in den vergangenen Wochen den Friedensprozeß in den 'Chittagong Hill Tracts' (CHT) in Gefahr gebracht und die Führung der Flüchtlinge veranlaßt, in einem Brief an die Regierung des indischen Bundesstaates Tripura, dem Exil der rund 55.000 Flüchtlingen, den Stop weiterer Repatriierungswellen zu verkünden. Trotz eines mittlerweile bis zum 30. November verlängerten Waffenstillstandes, sind gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und militanten Kräften der CHT-Völker fast schon an der Tagesordnung.

Für Aufsehen hat der Rücktritt Kalpa Ranjan Chakma's vom Amt des Vorsitzenden des 'Refugee Repatriation and Rehabilitation Committee' gesorgt. Der Vorsitzende des unmittelbar nach der ersten Repatriierungswelle im Februar (siehe dazu 'Südasiens', 3/94) von der Regierung eingesetzten Ausschusses geriet schnell in die Kritik. Seine Behauptung, jeder der Rückkehrer habe Land, Geld, Essensrationen sowie Materialien für den Hausbau erhalten, wurde vor allem von Upendra Lal Chakma, Vertreter der Flüchtlinge und Präsident der 'Jumma Refugees Welfare Association', heftig widersprochen. Nun hat Kalpa Ranjan Chakma zugegeben, daß kein einziger der Februar-Rückkehrer Land erhalten hat. Was zu dieser Wende geführt hat, der Druck der eigenen Leute oder des Anführers der Flüchtlinge, bleibt unklar.

Der jüngste Streit zwischen Regierung und Vertreter der CHT-Völker entzündet sich an den drei 'Local Government Councils' in drei CHT-Distrikten. Von der Regierung

als eine Form der begrenzten Autonomie gepriesen, ist sie in den Augen der 'Jana Samhati Samiti', die Vertretung der indigenen Völker, ein abzuschaffendes Erbe aus der Ershad-Zeit. Zunächst für die Dauer von drei Jahren eingesetzt, wurde die Amtsdauer der Räte ohne vorherige Konsultation der Betroffenen um zwei weitere Jahre verlängert. Die Wahlen zu den Räten sind wiederholt abgesagt worden und sollen nun im Januar 1995 stattfinden.

Die zum Teil seit über 30 Jahren im Exil lebenden Chakma's und Hajong's sehen sich unterdessen einem feindlichen Klima im indischen Arunachal ausgesetzt. Die 'Arunachal Pradesh Students Union' fordert ihre Rückkehr nach Bangladesh, angeblich weil sie die tibetische Kultur der einheimischen Bevölkerung gefährdet. Faktisch spielen jedoch handfeste ökonomische Interessen eine gewichtige Rolle. Die Chakma's, obwohl offiziell keine indischen Staatsbürger, haben einen großen Einfluß im lokalen Handel und bei der Vergabe von Jobs. Aus Furcht vor Anschlägen sind in den vergangenen Wochen mehr als 10.000 Chakmas aus Arunachal geflohen. Die Bundesregierung im indischen Assam hat bereits die Grenzen für Flüchtlinge geschlossen. Man wolle kein Abladeplatz für Ausländer, das heißt Flüchtlinge, sein. Das Klima in Assam, Tripura und Arunachal ist für die rund 55.000 Flüchtlinge frostig geworden. Es bleibt noch Mizoram als einziger indischer Bundesstaat, in dem sie eine begrenzte politische Autonomie genießen. Unsicherheit und Ungewißheit machen sich unter den Menschen breit.

#### Bootsunglück

Tragisches Ende einer Hochzeitsfeier - ein mit 170 Gästen beladenes Boot kenterte vor der unweit von Cox's Bazar gelegenen Insel Maheshkhali und riß mehr als 70 Menschen, vor allem Frauen und Kinder, in den Tod. Dies war bereits die dritte Schiffskatastrophe innerhalb eines Jahres. Wieder wurde die Tragfähigkeit des Bootes ignoriert. Im vorliegenden Fall mietete die Hochzeitsgesellschaft ein für 60 Personen ausgerichtetes Boot, angeblich auf Anraten des Schiffbesizers, der bereits in die anderen beiden Fälle verwickelt war. Dieser sah sich nach dem Unglück des Zorns der aufgebrachteten Inselbewohner ausgesetzt und muß sich jetzt vor einem Gericht verantworten.